

Geschäftsbericht 2009

Württembergische Krankenversicherung AG



KENNZAHLENÜBERSICHT

WÜRTTEMBERGISCHE KRANKENVERSICHERUNG AG

	2009	2008
Versicherungsbestand		
Anzahl der versicherten Personen	394 307	344 097
Beiträge		
Gebuchte Bruttobeiträge	in Tsd. € 111 434	96 529
Monatssollbeitrag	in Tsd. € 9 852	8 593
Versicherungsleistungen		
Bruttoaufwand für Versicherungsfälle	in Tsd. € 47 038	44 039
Kapitalanlagen		
	in Tsd. € 226 500	182 030
Deckungsrückstellung		
	in Tsd. € 167 263	129 067
Bilanzsumme		
	in Tsd. € 240 983	189 874
Arbeitnehmer der Württembergischen Versicherungen¹		
	5 477	5 899

¹ Gemeinschaftsbetrieb WV, WL (Innen- und Außendienst zum 31. Dezember 2009).

INHALTSVERZEICHNIS

2	Organe
3	Lagebericht
3	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen
6	Überblick über die Geschäftsentwicklung
6	Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
8	Prognosebericht
9	Risikobericht
14	Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
15	Produktangebot
16	Mehrjähriger Vergleich
18	Jahresabschluss
18	Bilanz
22	Gewinn- und Verlustrechnung
24	Anhang
37	Gewinnverwendung
38	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
39	Bericht des Aufsichtsrats
41	Glossar
43	Anschriften

Organe

VORSTAND

GABRIELE BENDEL

RUTH MARTIN

AUFSICHTSRAT

DR. WOLFGANG OEHLER

Vorsitzender

(bis 31. Dezember 2009)

Vorsitzender der Vorstände der
Württembergische Lebensversicherung AG
und der Württembergische Versicherung AG

NORBERT HEINEN

Mitglied des Aufsichtsrats

(ab 1. Januar 2010)

Vorsitzender

(ab 2. Januar 2010)

Vorsitzender der Vorstände der
Württembergische Lebensversicherung AG
und der Württembergische Versicherung AG

BERND HERTWECK

Stellvertretender Vorsitzender

Mitglied des Vorstands der
Wüstenrot Bausparkasse AG

MARLIES WIEST-JETTER

Abteilungsleiterin

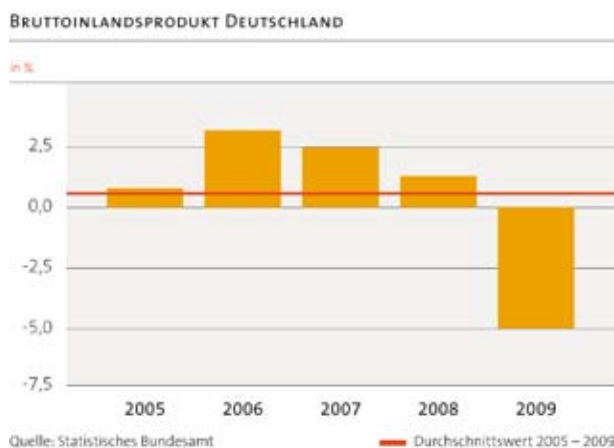
Konzern-Controlling der W&W

Lagebericht

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Gesamtwirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft verzeichnete im Jahr 2009 infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise das schlechteste Ergebnis der Nachkriegsgeschichte. Nach einem ungewöhnlich tiefen Einbruch der Wirtschaftsleistung in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 erzielte die Wirtschaft ab dem zweiten Quartal wieder positive Zuwachsraten. Hierzu trugen die konsumstützenden Maßnahmen der Bundesregierung bei, wie zum Beispiel die Umweltprämie für Kraftfahrzeuge. Auch die sich allmählich wieder stabilisierende Auslandsnachfrage nach deutschen Exportgütern kam der deutschen Wirtschaft zugute. Trotz der Erholung im Jahresverlauf ging das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt um 5,0 % im Vergleich zum Jahr 2008 zurück.



Kapitalmärkte

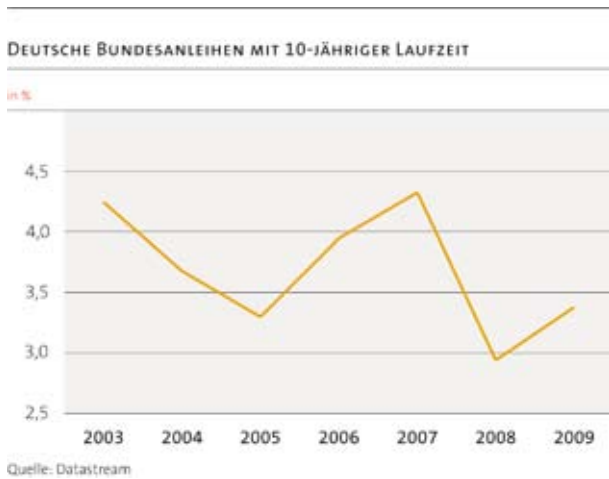
RENTENMÄRKTE MIT MODERATEM ZINSANSTIEG

Ausgehend von einem Jahresendwert 2008 von 2,95 % zog die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bis Mitte Februar 2009 zunächst bis auf 3,4 % an, fiel dann aber auf Werte von 3,0 bis 3,3 % zurück. Erst nachdem sich führende Konjunkturindikatoren wie der ifo-Geschäftsklimaindex verbessert hatten, stieg die Rendite bis Juni auf den Jahreshöchstwert von 3,7 %.

In der zweiten Jahreshälfte gaben die Renditen der langlaufenden Bundesanleihen wieder spürbar nach. Dafür gab es mehrere Gründe: Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte gemeldet, an ihrer sehr expansiven Geldpolitik festhalten zu wollen. Dies bedeutete, dass das Zinsniveau der kurzfristigen Anleihen vorerst niedrig bleiben würde und die Refinanzierungskosten somit gering bleiben würden. Gleichzeitig wurde das Finanzsystem von der Notenbank großzügig mit Liquidität versorgt, sodass bei den Akteuren am Anleihemarkt ein hoher Anlagebedarf entstand. Dies fiel zusammen mit einer im historischen Vergleich sehr steil verlaufenden Zinsstrukturkurve, wodurch vor allem Anleihen mit längeren Restlaufzeiten attraktiv waren und die Renditen in diesem Bereich sanken.

Begünstigt wurde das niedrige Zinsniveau auch durch die am Rentenmarkt vorhandenen Inflationserwartungen. Obwohl durch die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen langfristig Inflationsgefahren bestehen, ist kurz- bis mittelfristig aufgrund der rezessionsbedingten Unterauslastung der Kapazitäten mit anhaltend geringen Inflationsraten zu rechnen. Einige Akteure an den Anleihemärkten sehen für die nächsten Quartale sogar Deflationsrisiken.

Zum Jahresende 2009 lag die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen bei 3,4 %. Sie blieb damit trotz der konjunkturellen Erholung nur knapp 50 Basispunkte über dem Vergleichswert des Vorjahres. Bei kürzeren Laufzeiten gingen die Zinsen auf Basis des konstant niedrigen Leitzinsniveaus von 1 % zurück. So fiel etwa die Rendite zweijähriger Bundesanleihen von 1,75 % zu Jahresbeginn auf rund 1,3 % zum 31. Dezember.



AKTIENMÄRKTE MIT MASSIVER KURSERHOLUNG

Die europäischen Aktienmärkte setzten in den ersten Monaten des Jahres 2009 ihren im Vorjahr begonnenen Abwärtstrend – bedingt durch die tiefe Rezession – zunächst fort. Der DAX verbesserte sich dann nach einem Jahreschlusskurs von 4 810 Punkten um 24 % und erreichte zum 31. Dezember 2009 einen Stand von 5 957 Punkten. Der Dow Jones Euro Stoxx 50 fiel nach einem Indexstand von 2 448 Punkten zum Jahresende 2008 bis Mitte März auf einen Tiefststand von 1 810 Punkten. Massive konjunkturelle Unterstützung seitens der Politik und der Notenbanken, eine Erholung wichtiger Konjunkturindikatoren sowie Berichte verschiedener Großbanken über einen positiven Geschäftsverlauf sorgten jedoch für einen Stimmungsumschwung.

Im Ergebnis verzeichneten die europäischen Aktienmärkte bis Ende 2009 eine ausgeprägte Kursrallye und konnten die Verluste des ersten Quartals mehr als ausgleichen. Mit einem Stand von 2 965 Punkten zum Jahresende 2009 erzielte der Dow Jones Euro Stoxx 50, ausgehend von der Talsohle im März, einen Kursgewinn von beinahe 60 % und seit Jahresbeginn von 21 %.

Branchenumfeld

Zum 1. Januar 2009 traten wesentliche, PKV-relevante Regelungen des Wettbewerbstärkungsgesetzes (WSG) in Kraft. Zum Beispiel wurde für das Neugeschäft die Portabilität eines Teils der Alterungsrückstellung eingeführt, was in der Vollversicherung die Einführung einer neuen Tarifwelt erforderlich machte. Daneben konnten Versicherte, die vor dem 1. Januar 2009 eine Krankheitskostenvollversicherung abgeschlossen haben, einmalig den Versicherer unter Mitnahme der Alterungsrückstellung im Umfang des Basistarifs wechseln. Dieses Wechselrecht wurde nur vereinzelt in Anspruch genommen. Umschichtungen der Bestände zwischen den PKV-Unternehmen hielten sich somit in Grenzen.

Im Neuzugang konnte dagegen ein deutlicher Anstieg verzeichnet werden. So erhöhte sich der Nettoneuzugang im 1. Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 75 400 auf 98 800 Personen. Am 30. Juni 2009 betrug damit die Anzahl der vollversicherten Personen 8,74 Millionen. Dieser Anstieg beruht weitgehend auf einmaligen Effekten. Neben der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Pflicht zur Versicherung hat auch die Einführung des Gesundheitsfonds und die damit für viele gesetzlich Versicherte verbundenen Beitragserhöhungen viele GKV-Versicherte zum Wechsel in die Private Krankenversicherung (PKV) bewegt.

Im Juni hat das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerden der PKV zum WSG zurückgewiesen. Es hat aber dem Gesetzgeber eine Beobachtungspflicht auferlegt, um zu gewährleisten, dass die Gesundheitsreform zukünftig keine unzumutbaren Folgen für die Versicherten und die Versicherungsunternehmen haben wird. Das Geschäftsmodell der PKV dürfe nicht gefährdet werden. Das Gericht hat damit das Existenzrecht der PKV bestätigt.

BEITRAGSEINNAHMEN

Infolge des Bestandswachstums durch den Neuzugang und aufgrund von Beitragsanpassungen erhöhten sich die Beitragseinnahmen in 2009 gegenüber 2008 um 4,0 % auf 31,5 Mrd €. Dabei entfallen auf die Krankenversicherung 29,4 Mrd € (plus 3,7 %) und auf die Pflegepflichtversicherung 2,1 Mrd € (plus 6,6 %).

AUFWENDUNGEN FÜR DIE VERSICHERUNGSNEHMER

Die Steigerung der Aufwendungen für die Versicherungsleistungen lag 2009 mit 6,0 % deutlich über der Zunahme der Beitragseinnahmen. Insgesamt betragen die Aufwendungen 21,4 Mrd €. Davon entfielen auf die Krankenversicherung 20,7 Mrd € (plus 6,0 %) und auf die Pflegepflichtversicherung 0,7 Mrd € (plus 6,5%).

Die Gesamtaufwendungen, die neben den Aufwendungen für Versicherungsleistungen auch die Zuführung zur Alterungsrückstellung sowie zur Rückstellung für Beitragsermäßigung umfassen, beliefen sich nach derzeitigem Kenntnisstand auf 35,7 Mrd €. Dies sind 6,0 % mehr als im Vorjahr.

AUSBLICK

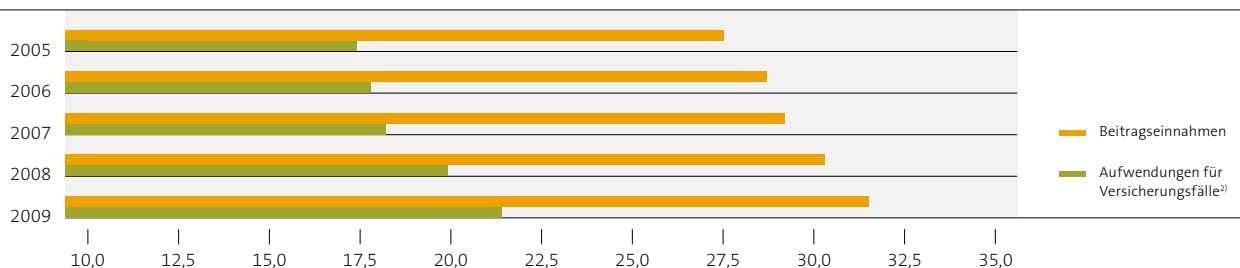
Das für die PKV im Jahr 2009 wichtigste Ereignis war der Ausgang der Bundestagswahl und der damit verbundene Richtungswechsel in der Gesundheitspolitik. Mit den im Koalitionsvertrag dokumentierten gesundheitspolitischen Vereinbarungen verlässt die bürgerliche Koalition den Weg in ein staatliches Einheitssystem und begibt sich in Richtung zu mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürger und die Akteure im Gesundheitswesen. So ist beabsichtigt, die Arbeitnehmer von der Drei-Jahres-Wartefrist bei einem gewünschten Wechsel in die PKV zu befreien. Darüber hinaus soll der Einstieg in eine ergänzende kapitalgedeckte Pflegeversicherung erfolgen. Es ist eine klare Begrenzung von Wahl- und Zusatztarifen der gesetzlichen Krankenkassen vorgesehen sowie eine Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte, bei der die PKV gegenüber den Leistungserbringern mit Vertragskompetenzen ausgestattet werden sollte.

Auch das zum 1. Januar 2010 in Kraft getretene Bürgerentlastungsgesetz, infolge dessen ein Großteil der Beiträge zur Krankheitskostenvollversicherung steuerlich abzugsfähig ist, erhöht die Attraktivität der PKV.

Vor diesem Hintergrund ist die weitere Entwicklung der PKV deutlich positiver zu bewerten als in den vergangenen Jahren. Sofern sich die Wirtschaftskrise auch weiterhin nicht signifikant auf die Branche auswirkt, ist insbesondere in der privaten Zusatzversicherung mit weiteren Zuwächsen zu rechnen.

BEITRAGSEINNAHMEN UND LEISTUNGSAusGABEN DER PRIVATEN KRANKENVERSICHERER¹⁾

in Mrd €



¹⁾ Quelle: GDV (geschätzte Werte für 2009 inkl. Pflegeversicherung)

²⁾ Ohne Altersrückstellung und Rückstellung für Beitragsrückerstattung

ÜBERBLICK ÜBER DIE GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Bestandsentwicklung

Das zurückliegende Geschäftsjahr 2009 war für die Württembergische Krankenversicherung AG (WK) wieder sehr erfolgreich. Der weitere Ausbau der Beitragsrückerstattung für leistungsfrei gebliebene Versicherte erhöhte die Attraktivität unserer Vollversicherungsprodukte und wirkte sich positiv auf den Schadenverlauf aus.

Der Versichertenbestand (ohne besondere Versicherungsformen) stieg auf 194 390 (Vj. 153 361). Hiervon waren 22 011 (Vj. 20 887) Personen in der Krankheitskostenvollversicherung versichert.

Der Monatssollbeitrag erhöhte sich auf 9,9 (Vj. 8,6) Mio €. Die gebuchten Beitragseinnahmen stiegen auf 111,4 (Vj. 96,5) Mio € und lagen damit um 15,4 % über dem Vorjahr. Von den gebuchten Beiträgen entfielen 65,8 (Vj. 59,4) Mio € auf die Krankheitskostenvollversicherung.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Kosten und Versicherungsleistungen

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich Schadenregulierungskosten erhöhten sich auf 46,5 (Vj. 41,4) Mio € und lagen um 12,3 % über dem Vorjahr. Die Aufwendungen aus der Erhöhung der Alterungsrückstellung betragen einschließlich der Direktgutschrift 38,2 (Vj. 29,5) Mio €. Hiervon entfielen auf den gesetzlichen Zuschlag 4,8 (Vj. 3,4) Mio €. Die Schadenquote stieg auf 69,9 (Vj. 68,1) %. Sie liegt jedoch weiterhin deutlich unter dem Marktdurchschnitt.

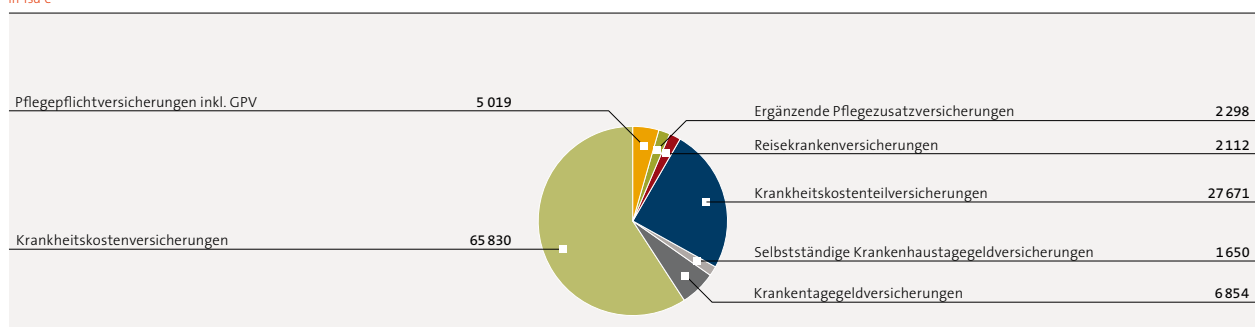
Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle einschließlich der Rückstellung für Schadenregulierungskosten erhöhte sich um 0,6 (Vj. 2,6) Mio €.

Im Jahr 2009 wurde der Rückstellung für Beitragsrückerstattung ein Betrag in Höhe von 4,7 (Vj. 5,3) Mio € entnommen. Davon wurden 2,4 (Vj. 1,9) Mio € zur Milderung der zum 1. Januar 2009 erfolgten Beitragsanpassung in der Krankenversicherung verwendet. Für die Beitragsrückerstattung für leistungsfrei gebliebene Versicherte wurden 2,2 (Vj. 1,7) Mio € aufgebracht.

Die Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung betrug 1,1 (Vj. 1,4) Mio €, davon entfielen 1,0 (Vj. 1,3) Mio € auf die private Pflegepflichtversicherung (PPV) und 0,1 (Vj. 0,1) Mio € auf § 12 a Absatz 3 VAG. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden 8,6 (Vj. 8,3) Mio € zugeführt; davon entfielen 0,1 (Vj. 0,3) Mio € auf die PPV.

GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE

in Tsd €



Die Abschlussaufwendungen erhöhten sich auf 17,9 (Vj. 16,6) Mio €. Die Verwaltungsaufwendungen beliefen sich auf 4,7 (Vj. 4,3) Mio €; die Verwaltungskostenquote verringerte sich leicht auf 4,3 (Vj. 4,5) %.

Kapitalanlagen

UNVERÄNDERT STARKES WACHSTUM DER KAPITALANLAGEN

Die Finanz- und Wirtschaftskrise wirkte sich trotz der im Jahresverlauf deutlich werdenden Stabilisierungstendenzen auf die Kapitalanlagen der WK aus. Obgleich die WK unverändert an ihrer risikobewussten und auf hohe Schuldnerqualität ausgerichteten Anlagepolitik festhielt, wurden die deutlich angestiegenen Risiken im Bankensektor bei Anlagen in nachrangigen Finanzinstrumenten spürbar.

Das Wachstum der Kapitalanlagen war unverändert stark. Der gesamte Buchwert nahm um 24,4 % auf 226,5 Mio € zu. Im gesamten Jahresverlauf 2009 bestand kein Aktienexposure. Unverändert bildeten die Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen einschließlich der Ausleihungen an verbundene Unternehmen mit einem Anteil von 73,1 % die größte Position im Kapitalanlagebestand.

KRÄFTIG GESTEIGERTES KAPITALANLAGEERGEBNIS

Das Kapitalanlageergebnis konnte im Geschäftsjahr 2009 um 24,9 % von 6,4 Mio € auf 8,0 Mio € verbessert werden. Allein die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen stiegen um 16,6 % auf 8,8 Mio € an. Das Ergebnis aus dem Abgang von Kapitalanlagen belief sich auf 0,9 (Vj. – 0,3) Mio €. Der Saldo aus Zu- und Abschreibungen verschlechterte sich als Folge der Finanzkrise von – 0,7 Mio € im Vorjahr auf – 1,5 Mio €. Damit lag die Nettoverzinsung wie im Vorjahr bei 3,9 %.

DEUTLICHE VERBESSERUNG DER BEWERTUNGSRESERVEN

Zwar bestanden weiterhin an den Finanzmärkten Risiken, jedoch ermäßigten sich die im Vorjahr massiv angestiegenen Risikoaufschläge für festverzinsliche Anlagen in allen Renten kategorien im Jahr 2009 wieder deutlich. Das führte im Bereich von Rentenanlagen in Fonds und im Direktbestand zu einem signifikanten Zuwachs der Netto-Bewertungsreserven als Saldo aus Reserven und Lasten. Ins-

gesamt verbesserten sich die Netto-Bewertungsreserven von – 2,2 Mio € auf 5,6 Mio €. Bei den zu Anschaffungskosten bewerteten Kapitalanlagen waren zum Jahresende 2009 die Netto-Bewertungsreserven mit – 1,0 (Vj. – 5,5) Mio € noch negativ. Stille Lasten bestanden im Rentenbereich aufgrund der Anwendung von § 341 b Abs. 2 HGB in Höhe von 2,3 Mio €.

Eine genaue Aufstellung der Reserven und Lasten ist aus der Aufstellung auf Seite 28 ersichtlich.

Geschäftsergebnis

Für das Geschäftsjahr 2009 konnte ein Überschuss in Höhe von 1,4 (Vj. 1,2) Mio € erzielt werden.

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 15. Mai 2001 wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2009 aufgehoben und der Jahresüberschuss den anderen Gewinnrücklagen zugeführt. Auf eine Gewinnabführung für 2009 hat die W&W verzichtet. Wir verweisen hierzu auf die Darstellung in den Erläuterungen zur Gewinnrücklage auf Seite 30.

Außerdem erfolgte im Jahr 2009 eine Zuzahlung in die Kapitalrücklagen nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB in Höhe von 5 Mio €.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die WK beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Allen Mitarbeitern der verbundenen Unternehmen, die für die WK tätig waren, danken wir für ihr hohes Engagement beim Betrieb der Gesellschaft.

Mitgliedschaften

Die WK ist Mitglied folgender Verbände:

- Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin,
- Verband der privaten Krankenversicherung e. V., Köln.

STRESS-TEST DER BAFIN BESTANDEN

Die WK hat alle von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vorgeschriebenen Stresstests bestanden.

Ratings

Die unabhängige Rating-Agentur FitchRatings (Fitch) hat im Dezember 2009 alle Ratings der W&W-Gruppe und somit auch die der WK bestätigt. Honoriert wurde die verbesserte Profitabilität. Ebenfalls bekräftigt wurde der stabile Ausblick für sämtliche W&W-Konzernbereiche.

Fitch begründet seine Rating-Bestätigung mit dem Erfolg des Restrukturierungsprogramms. Die WL, die WV und die WK erhalten weiterhin das Finanzstärkesiegel von Fitch, das nur an Versicherungsgesellschaften mit starker Finanzkraft verliehen wird.

PROGNOSEBERICHT

Erwartete wirtschaftliche Entwicklung

Das Bundesverfassungsgericht hat im Juni 2009 zwar die Klage von 30 PKV-Unternehmen gegen wesentliche Teile des WSG zurückgewiesen, da es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine unzumutbaren Belastungen für die PKV erkennen konnte. Es hat aber dem Gesetzgeber eine Beobachtungspflicht auferlegt, die gewährleisten soll, dass das WSG auch in Zukunft keine unzumutbaren Folgen für die Versicherten und die Versicherungsunternehmen haben wird. Das Geschäftsmodell der PKV dürfe nicht gefährdet werden. Damit hat das Gericht das Existenzrecht der PKV auch für die Zukunft bestätigt.

Mit der neuen bürgerlichen Koalition ergibt sich nach der Bundestagswahl die Möglichkeit, einen Richtungswechsel einzuleiten: weg vom Trend zu einem Einheitssystem mit zunehmendem staatlichem Einfluss hin zu mehr Gestaltungsfreiheit für die Bürger und Akteure im Gesundheitswesen.

So wird das Gesundheitsministerium eine Regierungskommission zur Reform des Gesundheitswesens einsetzen, die Vorschläge zu einer nachhaltigen Umgestaltung des Gesundheitssystems erarbeiten soll. Die Koalitionsvereinbarung enthält hierzu schon einige konkrete Vorhaben.

Die für Arbeitnehmer geltende Drei-Jahres-Wartefrist bei einem gewünschten Wechsel in die PKV soll abgeschafft werden. Damit müssen sie nach Überschreiten der Ver-

sicherungspflichtgrenze künftig nicht mehr drei Jahre warten. Das erleichtert den Wechsel und sorgt für mehr Wahlfreiheit und Eigenverantwortung.

Es soll beim Angebot von Wahl- und Zusatztarifen eine klare Abgrenzung zwischen PKV und GKV geschaffen werden, sodass die klassischen Zusatzversicherungen wieder ausschließlich von privaten Krankenversicherern angeboten werden. Dies würde das Kundenpotenzial für die PKV wieder deutlich erweitern, nachdem es bislang noch aufgrund den von der GKV angebotenen Zusatzversicherungen merklich eingeschränkt ist.

Der Einstieg in eine ergänzende kapitalgedeckte Pflegeversicherung ist vorgesehen. Damit ist der Weg zu einer nachhaltigen Finanzierung der aufgrund der demographischen Entwicklung stetig steigenden Pflegekosten eingeschlagen. Die PKV verfügt über das notwendige Know-how und steht für zukunftsweisende Lösungen bereit.

Die Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte und Zahnärzte ist ebenfalls beabsichtigt. Hier wird erwartet, dass der PKV wirkungsvolle Instrumente zur Verfügung gestellt werden, um mehr Einfluss auf Qualität, Mengen und Preise der medizinischen Leistungen nehmen zu können.

Ein Faktor, der die Attraktivität der privaten Vollversicherung erhöht, ist das Bürgerentlastungsgesetz. Danach kann ab dem 1. Januar 2010 ein großer Teil der Beiträge von der Steuer abgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund beurteilen wir die Wachstumschancen in der privaten Vollversicherung mit vorsichtigem Optimismus.

Sehr positiv sehen wir die Perspektive in der Zusatzversicherung. Hier bieten die aufgrund der demographischen Entwicklung absehbaren Probleme der umlagefinanzierten GKV grundsätzlich weiterhin deutliche Wachstumschancen, auch wenn im Koalitionsvertrag keine Leistungskürzungen in der GKV vorgesehen sind. Wachstumschancen sehen wir insbesondere bei einer Beteiligung der PKV an einem Einstieg in eine ergänzende kapitalgedeckte Pflegeversicherung und im Hinblick auf die beabsichtigte Beschränkung der GKV beim Angebot von Wahl- und Zusatztarifen.

Aufgrund des durch die bürgerliche Koalition eingeleiteten Richtungswechsels in der Gesundheitspolitik erwarten wir für die Jahre 2010 und 2011 eine positive Geschäftsentwicklung unserer Gesellschaft mit kontinuierlicher Beitragssteigerung. Die Grundlage für die Erreichung unserer Wachstumsziele ist eine noch weiter verstärkte Ausschöpfung der Kundenpotenziale über die Ausschließlichkeitsorganisation des W&W-Konzerns. Daneben wollen wir unsere Chancen im Vertriebsweg Makler konsequent nutzen. Dabei helfen uns unsere im Marktvergleich sowohl in der Voll- als auch in der Zusatzversicherung gut positionierten Produkte.

Zur Erreichung unserer Ertragsziele, die auf Stabilität und eine kontinuierliche Weiterentwicklung ausgerichtet sind, werden wir unsere sorgfältige Risikoselektion und den Einsatz effektiver Instrumente im Rahmen der Leistungsprüfung und des Leistungsmanagements weiter fortsetzen. Unsere Kostensätze wollen wir unter anderem durch die ständige Verbesserung unserer Verwaltungsabläufe mittelfristig weiter senken.

Die Erreichung unserer Wachstums- und Ertragsziele ist angesichts der Wirtschaftskrise mit Unsicherheiten verbunden. Insgesamt sollten wir aber auch in den Jahren 2010 und 2011 ertragreich und marktüberdurchschnittlich wachsen.

RISIKOBERICHT

Ziele und Grundsätze des Risikomanagements

Unser Risikomanagement zielt darauf ab, die Finanzkraft der WK zu sichern und durch die Unterstützung der Unternehmensführung einen Beitrag zur nachhaltigen Wertsteigerung des Unternehmens zu leisten. Unser Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften deutlich hinaus. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur und möchten durch den verantwortungsvollen und offenen Umgang mit Risiken in allen Bereichen des Unternehmens einen Mehrwert für unsere Kunden und Anteilseigner schaffen.

Organisation des Risikomanagements

Das Risikomanagement der WK verfolgt einen umfassenden Organisationsansatz und wahrt dabei eine strikte Trennung zwischen aktiver Risikonahme durch die Fachbereiche einerseits und der Risikoüberwachung durch einen unabhängigen Funktionsbereich andererseits.

Die Gesamtverantwortung für die Rechtmäßigkeit und Funktionsfähigkeit des Risikomanagements der WK liegt beim Vorstand. Zur Unterstützung des Vorstands und Steigerung der Effizienz des Risikomanagements der WK sowie des gesamten Geschäftsfelds Versicherung werden risikorelevante Themen außerdem im Risikogremium, dem Württ Board Risk, behandelt. Unter Leitung des Chief Risk Officer (CRO) werden dort Lösungsvorschläge erarbeitet, Empfehlungen an den Vorstand ausgesprochen und die Weiterentwicklung des gesamten Risikomanagementsystems vorangetrieben. Im Geschäftsjahr wurde zusätzlich das bestehende Asset Liability Management (ALM) Committee integriert, womit wir eine direkte Verknüpfung des Risikomanagements mit dem ALM herstellen konnten. Ständige Mitglieder des Württ Board Risk sind die für das Risikomanagement und angrenzende Bereiche im Geschäftsfeld Versicherung verantwortlichen Vorstände und Führungskräfte sowie Vertreter des Risikocontrollings. Der CRO ist zudem Mitglied des Group Board Risk, dem zentralen Gremium zur Koordination des Risikomanagements

und der Überwachung des Risikoprofils in der W&W-Gruppe. Damit ist ebenfalls eine enge Verzahnung mit dem übergreifenden Risikomanagement hergestellt.

Das für die WK zuständige Risikocontrolling ist in einer zentralen Einheit innerhalb des Geschäftsfelds Versicherung gebündelt und außerdem in die Risikosteuerung der W&W-Gruppe eingebunden.

Es sorgt für die fachbereichsübergreifende Identifikation, Bewertung, und Überwachung von Risiken. Darüber hinaus bewirkt es die Kommunikation und Querabstimmung der Risikolage, ein regelmäßiges Berichtswesen gegenüber Vorstand und Aufsichtsrat der WK sowie die Abstimmung mit dem Risikomanagement der W&W-Gruppe. Durch das uneingeschränkte Informationsrecht des Risikocontrollings gegenüber den operativen Fachbereichen wird gewährleistet, dass alle risikorelevanten Informationen an einer zentralen Stelle zusammenfließen und gebündelt an die unterschiedlichen Empfänger (Vorstand, Aufsichtsrat, Risikomanagement der W&W-Gruppe) weitergegeben werden.

Risikomanagement auf operativer Ebene erfolgt unmittelbar durch die Fachbereiche. Sie identifizieren Risiken auf dezentraler Ebene und steuern diese gemäß der risikostrategischen Vorgaben des Vorstands. Durch die Benennung eindeutiger Risikoverantwortlichkeiten schaffen wir eine direkte Schnittstelle zum Risikocontrolling und beziehen die Fachbereiche somit verbindlich in den Risikomanagementprozess ein.

Die Wirksamkeit und Angemessenheit unseres Risikomanagementsystems werden durch gezielte Prüfverfahren der internen Revision regelmäßig überwacht.

Risikomanagement-Prozess

Unser Risikomanagement-Prozess besteht aus einem Regelkreislauf, zu dem wir als Hauptbestandteile die Identifikation, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und das Reporting von Risiken zählen.

Der Kreislauf beginnt mit der Identifikation und Dokumentation von eingegangenen und potenziellen Risiken im Rahmen der quartalsweise erfolgenden Risikoinventarisierung durch die Fachbereiche. Dabei werden die erkannten Risiken durch eine erste Einschätzung ihrer Ein-

trittswahrscheinlichkeit und der möglichen Auswirkungen auf das Unternehmen hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit beurteilt.

Zur Verbesserung der Übersicht werden die Risiken anhand ihres Charakters in nachfolgende Risikobereiche gruppiert, die gleichzeitig den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungen (MaRisk VA) entsprechen:

- **Marktpreisrisiken:** Risiken, die sich aus der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung von Marktrisikofaktoren (zum Beispiel Zinsen, Aktien- und Devisenkurse, Immobilienpreise) im Hinblick auf unsere Kapitalanlagen und den Rechnungszins ergeben.
- **Adressrisiken:** Risiken, die sich aus dem Ausfall oder der Bonitätsverschlechterung von Kapitalanlagen oder Schuldnern im Versicherungsgeschäft ergeben.
- **Versicherungstechnische Risiken:** Risiken, die sich aus der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung von Prämien, Schäden und Kosten aus abgeschlossenen Versicherungsverträgen ergeben.
- **Operationelle Risiken:** Risiken, die sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge extern getriebener Ereignisse (zum Beispiel Systemausfall, Betrug) ergibt. Rechtliche und steuerliche Risiken werden ebenfalls als operationelle Risiken verstanden.
- **Strategische Risiken:** Risiken, die sich aus einer strategischen Fehlentscheidung des Unternehmens oder aus einem Nichterreichen der gesetzten strategischen Ziele resultieren. Besonderer Fokus gilt dabei den Risikoarten Absatzrisiken (Neugeschäft, Kundensegmente, Absatzkanäle), Bestandsrisiken (Storno, Kündigung) oder Kosten- und Ertragsrisiken. Politische und gesellschaftliche Risiken sowie das Reputationsrisiko zählen wir ebenfalls zu diesem Risikobereich.
- **Liquiditätsrisiken:** Risiko, dass liquide Geldmittel fehlen, um Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen.
- **Konzentrationsrisiken:** Risiken durch Kumulation gleichartiger Risiken oder aber durch Kumulation verschiedener Risiken bezogen auf eine einzelne Adresse.

Bei der Beurteilung und quantitativen Bewertung von Risiken setzen wir je nach Art des Risikos verschiedene Risikomessverfahren ein. Zu diesen zählen beispielsweise einfache Rechen- und Faktorenmodelle sowie aufsichtsrechtliche Standardverfahren. Sensitivitäts- und Szenario-

analysen sowie Stresstests und qualitative Experten-schätzungen ergänzen das Instrumentarium.

Die Steuerung der Risikopositionen erfolgt auf Grundlage der Risikostrategie durch die Entscheidungsträger in den operativen Fachbereichen der WK. Die Einhaltung der risikostrategischen und risikoorganisatorischen Rahmenvorgaben sowie die Angemessenheit und Güte der Risiko-steuerung werden dabei vom Risikocontrolling laufend überwacht.

Als Steuerungsgrößen werden neben dem Return on Equity (RoE) geschäftsfeldspezifische Kennzahlen zur Beurteilung der Marktperformance, Kosteneffizienz und finanziellen Lage des Unternehmens herangezogen.

Wesentliche Grundlage zur Überwachung und Ableitung von Steuerungsimpulsen ist unser internes Risikomodell, welches wir laufend optimieren und erweitern.

Die Einschätzung wesentlicher Einzelrisiken sowie eine Beurteilung der Gesamtrisikosituation werden regelmäßig an den Vorstand und den Aufsichtsrat der WK sowie an das Group Board Risk und das Risikomanagement der W&W-Gruppe kommuniziert.

Neben einem ausführlichen quartalsweise erfolgenden Risikobericht ist hierzu außerdem ein Verfahren zur Ad-hoc-Risikokommunikation implementiert.

MARKTPREISRISIKEN

Aufgrund der breiten Diversifikation unserer Kapitalanlagen haben wir die aufsichtsrechtlichen Anforderungen hinsichtlich Mischung und Streuung der Anlagen im Geschäftsjahr jederzeit erfüllt. Im Vordergrund unserer Anlagepolitik steht die Sicherstellung erforderlicher Mindestverzinsungen und die Wahrung ausreichender Liquidität. Die strategischen Anlageziele werden laufend überwacht und potenzielle Risiken im Vorfeld durch Limit- und Liniensysteme begrenzt.

Laufende Analysen durch das Anlagemanagement geben uns Aufschluss über Chancen und Risiken der künftigen Ertragsentwicklung und bieten die Möglichkeit, frühzeitig im Sinne der Anlageziele zu reagieren. In Planungen und unterjährigen Ergebnishochrechnungen werden die unterschiedlichen Szenarien bewertet und analysiert. Während des gesamten Jahres 2009 bestand unter Risikogesichtspunkten kein Aktienengagement. Zur Beurteilung der

Marktpreisrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderungen unseres Portfolios in Abhängigkeit von Marktschwankungen aufzeigen. Dabei gehen wir von folgenden Stress-Annahmen aus:

Für unsere festverzinslichen Anlagen per 31. Dezember 2009 (inklusive der zinsbezogenen Derivate) von einer Veränderung der jeweiligen Zinsstrukturkurve um +/- 50 bzw. +/- 100 Basispunkte.

ZINSÄNDERUNG	MARKTWERTÄNDERUNG ALLER RENTENPAPIERE
	<i>in Mio €</i>
Anstieg um 100 Basispunkte	- 17,0
Anstieg um 50 Basispunkte	- 8,7
Rückgang um 50 Basispunkte	9,3
Rückgang um 100 Basispunkte	19,2

Ferner führen wir regelmäßig die von der BaFin vorgeschriebenen Stress-Tests durch. Die WK hat diese in allen Varianten zu jedem Zeitpunkt bestanden.

Zur Begrenzung der Risiken aus Zins- und Währungskurschwankungen haben wir im Geschäftsjahr 2009 Swaps, Futures und Devisentermingeschäften eingesetzt.

Die stillen Lasten im Bereich der Rentenfonds und festverzinslichen Inhaberwertpapiere, die aufgrund von Zins- und Spreadänderungen bestehen, sehen wir als unkritisch an, da wir diese Wertpapiere bis zur Endfälligkeit halten wollen und von einer Rückzahlung zum Nennbetrag ausgehen. Wir bewerten diese daher nach den für das Anlagevermögen geltenden Bewertungsvorschriften (§ 341 b Abs. 2 HGB):.

ADRESSRISIKEN

Ausfallrisiken ergeben sich für die WK insbesondere aus dem Bereich der Kapitalanlagen. Unsere Rentenanlagen sind nahezu ausschließlich im Investment Grade-Bereich investiert (99,1 %) und betreffen überwiegend Länder-, Bundes- oder Staatsanleihen sowie Anlagen bei Banken mit Deckungsmasse oder dem Schutz durch Einlagensicherungssysteme.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise bestehen Adressrisiken bei Banken insbesondere im Bereich nachrangiger Anlagen (Genussrechte, stille Beteiligungen und sonstige nachrangige Forderungen). Beim Bestand per 31. Dezember 2009 ergeben sich hier Zinsausfälle in Höhe von insgesamt jährlich 0,1 Mio €. Nachhaltigen Wertminderungen wurde im Einzelfall durch Abschreibungen entsprechend Rechnung getragen.

Der Anteilswert unseres Fonds, der in Asset Backed Securities (ABS) anlegt, konnte sich nach zunächst weiteren Kursverlusten zum Jahresende deutlich verbessern. Bei den Wertpapieren, die dem Anlagevermögen zugeordnet werden, haben sich die stillen Lasten aufgrund vorgenommener Abschreibungen und der verbesserten Wertentwicklung im Vergleich zum Vorjahresende von 1,3 Mio € auf 0,5 Mio € reduziert. Weitere Informationen zum Beispiel über die Bewertungsmethode des Fonds befinden sich im Anhang auf Seite 28.

Wir begrenzen Adressrisiken generell durch eine breite Streuung der Anlagearten unter Berücksichtigung der geltenden einschlägigen aufsichtsrechtlichen Vorgaben sowie durch eine sorgfältige Auswahl der Emittenten und Rückversicherungspartner. Die Gefahr von Risikokonzentrationen in der Kapitalanlage steuern wir durch die Begrenzung des maximalen Anlagevolumens auf einzelne Emittenten über Linien.

Den Risiken aus dem Ausfall von Schuldern im Versicherungsgeschäft begegnen wir durch IT-unterstützte Außenstandskontrollen und geeignete Schutzmechanismen.

Drohenden Ausfällen aus Kapitalanlagen oder aus dem Versicherungsgeschäft wird in der Ergebnisrechnung durch die angemessene Bildung von Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Bei Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern betrug der Anteil der Wertberichtigungen an den gebuchten Beiträgen im Durchschnitt der letzten drei Jahre lediglich 0,8 %.

Aufgrund der organisatorischen Einordnung des Vertriebs innerhalb der W&W-Gruppe werden Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Vermittlern nicht bei der WK vorgenommen. Zur Absicherung des Provisonrückzahlungsrisikos müssen unsere Vermittler per se

eine Sicherheit stellen. In der Regel schließen wir für unseren Vertrieb zusätzlich eine Vertrauensschadenversicherung ab.

Forderungen des Rückversicherers stellen dank der hohen Bonität der Rückversicherer kein wesentliches Risiko für uns dar. In den vergangenen drei Jahren mussten keine Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Rückversicherern vorgenommen werden.

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Das versicherungstechnische Risiko in der PKV liegt vornehmlich darin, dass die tatsächlichen Versicherungsleistungen die rechnerisch kalkulierten Versicherungsleistungen übersteigen. Hierzu kann es vor allem durch Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Verhaltensweise der Leistungserbringer oder Versicherungsnehmer kommen. Diesem Risiko treten wir mit einer gründlichen Prüfung der Leistungsanträge und der Rechnungen der Leistungserbringer entgegen. Dies beinhaltet ebenso den Einsatz qualifizierter und geschulter Mitarbeiter. Weiterhin verhindern wir durch eine sorgfältige Risikoselektion und unsere verbindlichen Verkaufsrichtlinien, die durch geschulte und qualifizierte Mitarbeiter im Innen- und Außendienst konsequent umgesetzt werden, die Zeichnung schadensträchtiger Risiken. Beiträge und versicherungstechnische Rückstellungen werden mit vorsichtigen Rechnungsgrundlagen kalkuliert, um die versicherungstechnischen Rückstellungen ausreichend zu dotieren. Dies ist erforderlich, um die langfristige Erfüllbarkeit der vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Bei den für die Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen erforderlichen Rechnungsgrundlagen handelt es sich um den Rechnungszins, die Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten sowie die kalkulierten Versicherungsleistungen. Der Schadenverlauf unseres Bestandes sowie die Sterbewahrscheinlichkeiten werden jährlich detailliert überprüft. Gegebenenfalls werden die Beiträge den veränderten Rahmenbedingungen angepasst und damit sämtliche Rechnungsgrundlagen zeitnah aktualisiert.

Das aus der Influenza A (H1N1) resultierende und im Bereich der kalkulierten Versicherungsleistungen anzudeutende versicherungstechnische Risiko wird aufgrund der bisherigen Erfahrungen als gering bewertet. Durch kontinuierliche Beobachtung des Branchenumfeldes sind wir in der Lage, mit flexibler Produktpolitik auf geänderte Marktbedingungen zu reagieren und neue Chancen zu nutzen. Neue Tarife werden nur mit einer Unbedenklichkeitserklä-

zung des Treuhänders eingeführt. Dies reduziert das Risiko einer gesetzlichen Haftung gemäß § 12 b Absatz 2 VAG wesentlich.

OPERATIONELLE RISIKEN

Zur Begrenzung der Operationellen Risiken sind eine Reihe von Verhaltensrichtlinien, Unternehmensleitlinien und betrieblichen Regelungen vereinbart, die darauf ausgerichtet sind, einen ordnungsgemäßen, effizienten und störungsfreien Arbeitsablauf zu gewährleisten. Zur Begrenzung von Risiken aus fehlerhaften Geschäftsprozessen haben wir in der WK ein internes Kontrollsystem (IKS) installiert. Mit Hilfe des IKS identifizieren wir Risiken in den operativen Abläufen des Unternehmens und minimieren diese umgehend durch Gegenmaßnahmen (zum Beispiel Vier- oder Sechs-Augen-Prinzip sowie durch Qualitätskontrollen).

Risiken der Informationstechnologie begrenzen wir durch Backup-Verfahren für Anwendungs- und Rechnersysteme oder etwa die redundante Auslegung der Telekommunikationsstruktur. IT-Entwicklung, -Betrieb und -Service sind in der W&W Informatik GmbH (IT GmbH) gebündelt, die über ein eigenes Risikomanagement-System verfügt und regelmäßig an die betreuten Gesellschaften berichtet.

Mit Risiken behaftet ist ebenfalls die operative Umsetzung von Änderungen der steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG). Durch enge Begleitung und Beobachtung von Gerichtsprozessen und Gesetzgebungsverfahren versuchen wir uns frühzeitig auf die Auswirken einzustellen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

STRATEGISCHE RISIKEN

Wir begrenzen strategische Risiken bereits im Vorfeld, indem wir uns auf den bekannten nationalen Markt konzentrieren und die exogenen Markteinflüsse sowie die hieraus eventuell entstehenden Risiken laufend beobachten. Absatzrisiken begegnen wir mit einer umfassenden und an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtete Produktpolitik. Neben der Stärkung unseres leistungsstarken Ausschließlichkeitsvertriebs setzen wir außerdem auf den Ausbau vielversprechender Vertriebswege wie Makler. Im Vordergrund steht dabei stets eine bedarfs- und kostenorientierte Wachstumspolitik, die Ertrag vor Umsatz setzt und erwartete Risikokosten angemessen einkalkuliert.

Die Zielerreichung für das Geschäftsjahr wird monatlich überprüft. Zudem werden zwei Prognoserechnungen für das Jahresergebnis vorgenommen. Dabei kommen auch Stress- und Szenariorechnungen zur Abschätzung möglicher Schwankungsbreiten im Jahresergebnis zum Einsatz. Die Geschäftsentwicklung auf Unternehmensebene wird über ein stringentes Controlling laufend analysiert und überwacht.

Die Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die konjunkturellen Rahmenbedingungen beeinflussen das Potenzial der Strategischen Risiken derzeit sehr. Steigende Arbeitslosenzahlen, sinkende Investitionsbereitschaft und ein Rückgang der verfügbaren Einkommen gepaart mit negativen Kapitalmarktentwicklungen stellen für die WK dabei die größten konjunkturindizierten Gefahren insbesondere im Hinblick auf die Neugeschäfts- und Ertragsziele dar.

Unmittelbaren Schaden auf unsere Reputation durch das gegenüber der Finanzbranche entstandene Misstrauen konnten wir im Geschäftsjahr erfolgreich abwenden. Ein hohes Maß an Service und Verlässlichkeit gegenüber Kunden sollen auch zukünftig hierzu beitragen.

LIQUIDITÄTSRISIKEN

Zur Begrenzung der Liquiditätsrisiken verfügt die WK über ein System der Liquiditätsplanung und Liquiditätssteuerung. Aufgrund des permanenten Liquiditätsflusses bei Versicherungsbeiträgen, Kapitalanlagen und Tilgungen sind gegenwärtig keine wesentlichen Liquiditätsrisiken erkennbar.

KONZENTRATIONSRISIKEN

Typischerweise kann ein Konzentrationsrisiko aus Adressrisiken im Anlagebereich, aus versicherungstechnischen Risiken oder einer Kombination dieser Risikobereiche entstehen.

Regelmäßige Analysen und Risikobetrachtungen helfen uns, die Gefahr aus Risikokonzentrationen zu begrenzen. Interne Schwellenwerte und Meldepflichten unterstützen außerdem die Risikofrüherkennung. Bei den Kapitalanlagen sorgen wir für eine angemessene Streuung und setzen zusätzlich Limit- und Liniensysteme zur Absicherung ein.

Konzentrationsrisiken im Versicherungsgeschäft begegnen wir mit klaren Annahme- und Zeichnungsrichtlinien sowie dem Einkauf eines erstklassigen Rückversicherungs-

schutzes. Aus den Kundengeschäften bestehen aufgrund des gut diversifizierten Geschäfts der WK derzeit keine nennenswerten Risikokonzentrationen.

Weiterentwicklungen im Risikomanagement

Die Vorbereitungen auf Solvency II haben wir weiter vorangetrieben. Neben der systematischen Umsetzung der MaRisk VA auf Basis von Best-Practice-Ansätzen wurde ein Solvency II-Querschnittsprojekt zur Handhabung Geschäftsfeld übergreifender Themen aufgesetzt.

Zudem konnte ein Projekt zur genaueren Messung unserer Adressrisiken erfolgreich abgeschlossen werden. Die Implementierung eines integrierten Adressrisiko-Liniensystems ermöglicht uns ab 2010 außerdem eine detaillierte Steuerung und Überwachung unserer Adressrisiken.

Im Jahr 2010 führen wir die Weiterentwicklung unseres Risikomanagement-Systems konsequent fort und orientieren uns dabei stets an den höchsten Marktstandards

Zusammenfassung Risikomanagement

Neben den allgemeinen Risiken in Verbindung mit der konjunkturellen Entwicklung entstehen für die WK vor allem Risiken aus der Kapitalmarktentwicklung sowie den Reformen im Gesundheitswesen. Bisher konnten wir uns in diesem schwierigen Umfeld gut behaupten und sehen weiterhin Chancen durch das Wachstumspotenzial im noch nicht gesättigten Zusatzversicherungsmarkt.

Im Jahr 2009 war für die WK stets eine ausreichende Risikotragfähigkeit gegeben. Die Bedeckung der aktuellen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderung durch bilanzielle Eigenmittel gemäß Solvency I lag per 31. Dezember 2009 bei 193 % (Vj. 128 %) und damit deutlich über den Mindestanforderungen.

Dennoch beobachten wir die aktuellen Entwicklungen an den Märkten sehr aufmerksam, um frühzeitig und angemessen auf die Chancen und Risiken der möglichen Szenarien reagieren zu können.

Der Einführung von Solvency II und den damit verbundenen Anforderungen an das Risikomanagement von Versicherungsunternehmen sehen wir optimistisch entgegen. Insgesamt sind wir der Auffassung, durch unsere Maßnahmen gut gerüstet zu sein, um den künftigen Herausforderungen sowie den steigenden Erwartungen an das Risikomanagement der WK gerecht zu werden.

BEZIEHUNGEN ZU VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die W&W, Stuttgart, hält 100 % unseres Aktienkapitals. Die W&W steht ihrerseits in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Wüstenrot Holding AG (WH). Geschäftsbeziehungen zwischen der WH und unserer Gesellschaft bestehen nicht.

Mit der W&W, der WV, der WL, der W&W Service GmbH (WWS), der W&W Asset Management GmbH, der W&W IT GmbH und der Bausparkasse Wüstenrot (BSW) bestehen enge Beziehungen aufgrund von Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungs-Verträgen. Sie regeln die ganz oder teilweise übertragenen Dienstleistungen einschließlich einer verursachungsgerechten Kostenverteilung.

Ein am 15. Mai 2001 abgeschlossener Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit der W&W wurde mit Wirkung zum 31. Dezember 2009 aufgehoben.

Der Vorstand hat entsprechend § 312 AktG einen Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) erstellt und darin abschließend erklärt: „Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse der herrschenden Unternehmen oder der mit ihr verbundenen Unternehmen wurden weder getroffen noch unterlassen.“

PRODUKTANGEBOT

Die Außendienstmitarbeiter der Württembergischen vermitteln Produkte der

- Württembergische Versicherung AG
- Württembergische Lebensversicherung AG
- Württembergische Krankenversicherung AG
- Allgemeine Rentenanstalt Pensionskasse AG
- Karlsruher Lebensversicherung AG
- Wüstenrot Bausparkasse AG
- Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank
- W&W Asset Management GmbH

Das Produktangebot der Württembergischen Versicherungsgruppe umfasst ein breites Spektrum an Versicherungen für Privat- und Firmenkunden:

Versicherungsangebot für Privatkunden

LEBENS- UND RENTENVERSICHERUNG

- Betriebliche Altersversorgung/Entgeltumwandlung
- Finanzierungen
- Kapital- und Risikolebensversicherung, Ausbildungsversicherung, Bestattungsvorsorge, Erbschaftsvorsorge, Berufsunfähigkeits- und Unfall-Zusatzversicherung
- Klassische Rentenversicherung, fondsgebundene Rentenversicherung, Riester-Rente, Basis-Rente, Berufsunfähigkeits-, Waisen-, Hinterbliebenenrenten-Zusatzversicherung, Selbstständige Berufsunfähigkeitsversicherung

KRANKENVERSICHERUNG

- Krankheitskostenvollversicherung
- Krankheitskosten-Zusatz- und Ergänzungsversicherung
- Krankentagegeldversicherung, Krankenhaustagegeldversicherung
- Pflegepflichtversicherung, Pflegetagegeldversicherung
- Auslandsreisekrankenversicherung

SCHADEN-/UNFALLVERSICHERUNG

- Bauleistungsversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Glasversicherung
- Hausratversicherung
- Kraftfahrtversicherung
- Luftfahrtversicherung
- Rechtsschutzversicherung
- Transportversicherung
- Unfallversicherung
- Wohngebäudeversicherung

Versicherungsangebot für Firmenkunden

LEBENS- UND RENTENVERSICHERUNG

Alle Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung

KRANKENVERSICHERUNG

SCHADEN-/UNFALLVERSICHERUNG

- Ertragsausfallversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Kraftfahrtversicherung
- Luftfahrtversicherung
- Rechtsschutzversicherung
- Sachversicherung
- Technische Versicherung
- Transportversicherung
- Unfallversicherung

Mehrjähriger Vergleich

	2009	2008
Versicherungsbestand		
Anzahl der versicherten Personen	394 307	344 097
Beiträge		
Verdiente Bruttobeiträge	in € 110 530 978	96 197 840
Monatssollbeitrag	in Tsd € 9 852	8 593
Versicherungsleistungen		
Bruttoaufwand für Versicherungsfälle	in € 47 038 145	44 038 885
Kapitalanlagen		
	in € 226 499 994	182 030 174
Rückstellungen		
Deckungsrückstellung	in € 167 263 117	129 067 297
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	in € 37 236 332	32 211 637
Bilanzsumme	in € 240 983 067	189 873 839
JAHRESÜBERSCHUSS		
Vor Gewinnabführung	in € —	1 171 921
Kennzahlen¹		
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	in % 9,57	10,10
Schadenquote	in % 69,93	68,12
Nettoverzinsung	in % 3,89	3,93
Eigenkapitalquote in % der verdienten Bruttobeiträge	12,80	8,10
RfB-Quote in % der verdienten Bruttobeiträge	33,35	33,21
Überschussverwendungsquote	in % 88,08	89,60
Anzahl der versicherten Personen		
Veränderung gegenüber dem Vorjahr		
Vollversicherung	5,38	6,80
Ergänzungsversicherung	30,12	30,02

¹ Nach dem Kennzahlenkatalog der privaten Krankenversicherung.

	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
	320 489	266 843	234 944	205 490	169 068	143 984	113 401	76 642
	84 642 619	72 269 327	62 833 319	53 206 122	42 412 352	32 454 368	22 915 756	14 203 511
	7 514	6 533	5 666	4 931	3 864	3 097	2 272	1 485
	36 037 615	29 672 262	27 219 058	23 675 332	18 119 272	14 889 764	11 094 526	6 703 213
	142 136 191	107 075 870	80 157 103	57 246 668	42 349 579	27 193 491	17 406 803	12 272 694
	99 535 425	73 784 018	52 555 114	34 810 604	21 804 711	11 445 492	4 324 075	163 160
	27 809 141	19 262 307	11 375 692	6 437 489	2 788 694	815 322	799 234	180 573
	151 481 966	114 603 490	84 458 177	61 357 109	44 618 332	29 362 226	21 222 792	12 919 107
	1 000 159	752 261	714 725	650 993	607 569	- 817 723	- 2 759 081	- 2 612 340
	12,91	14,36	9,54	6,17	7,04	- 1,17	- 12,49	- 16,55
	67,20	63,94	67,54	66,91	64,70	66,89	66,20	48,33
	4,09	4,09	4,19	4,45	4,54	4,83	4,23	5,27
	9,20	10,78	12,40	14,64	18,37	24,01	34,00	54,86
	32,70	26,36	17,88	11,93	6,46	2,45	3,47	1,27
	92,02	93,49	89,25	85,17	80,00	-	-	-
	10,41	10,44	8,65	21,57	18,39	35,72	44,14	89,96
	22,31	28,67	31,27	41,43	23,93	28,21	55,38	121,82

Jahresabschluss

BILANZ

AKTIVA

in €	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
A. Kapitalanlagen ¹⁾				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
Ausleihungen an verbundene Unternehmen		10 000 000		10 000 000
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		10 218 293		4 418 799
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		50 781 701		32 888 375
3. Sonstige Ausleihungen		155 500 000		130 500 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten		—		4 223 000
			226 499 994	182 030 174
B. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	1 158 754			1 182 307
2. Versicherungsvermittler	62 585			120 014
		1 221 339		1 302 321
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		54 785		121 725
III. Sonstigen Forderungen ²⁾		1 592 734		1 425 922
Davon an verbundene Unternehmen 1 534 780 (Vj. 1 367 018) €				
			2 868 858	2 849 968
C. Sonstige Vermögensgegenstände ³⁾				
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			6 337 226	365 026
D. Rechnungsabgrenzungsposten ⁴⁾				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4 999 639		4 135 936
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		277 350		492 735
			5 276 989	4 628 671
SUMME DER AKTIVA			240 983 067	189 873 839

¹⁾ Siehe nummerierte Erläuterung im Anhang ab Seite 27.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Stuttgart, den 8. März 2010

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'Z' followed by a horizontal line and a vertical stroke.

Der Treuhänder
Dr. Gerhard Zagst, Notar

BILANZ

PASSIVA

in €	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	5	3 800 000		3 800 000
II. Kapitalrücklage	6	8 991 042		3 991 042
III. Gewinnrücklagen	7	1 355 789		—
			14 146 831	7 791 042
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		3 869 730		2 966 552
II. Deckungsrückstellung		167 263 117		129 067 297
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		12 110 000		11 560 000
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	8			
1. erfolgsabhängige		33 179 750		29 296 015
2. erfolgsunabhängige		4 056 582		2 915 622
			37 236 332	32 211 637
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	9	110 000		250 000
			220 589 179	176 055 486
C. Andere Rückstellungen				
I. Pensionsrückstellungen	10	—		—
II. Steuerrückstellungen		978 956		317 994
III. Sonstige Rückstellungen	11	2 040 850		1 685 000
			3 019 806	2 002 994
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern		648 795		482 144
2. Versicherungsvermittlern		1 154 517		1 516 651
			1 803 312	1 998 795
II. Sonstige Verbindlichkeiten	12	847 513		1 410 626
Davon gegenüber verbundenen Unternehmen 785 519 (Vj. 1 410 526) €				
			2 650 825	3 409 421
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
			576 426	614 896
SUMME DER PASSIVA			240 983 067	189 873 839

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Position B.II. der Passiva mit 167 263 117 € ausgewiesene Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Stuttgart, den 8. März 2010



Jürgen Kaiser
Verantwortlicher Aktuar

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

in €	1.1.2009 bis 31.12.2009	1.1.2009 bis 31.12.2009	1.1.2009 bis 31.12.2009	1.1.2008 bis 31.12.2008
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	13 111 434 156			96 528 518
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	304 684			282 790
		111 129 472		96 245 728
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		- 903 178		- 330 678
			110 226 294	95 915 050
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			2 441 963	3 690 232
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	14	8 779 050		7 530 165
davon aus verbundenen Unternehmen 469 957 (Vj. 264 197) €				
b) Erträge aus Zuschreibungen		230 440		-
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	15	987 817		1 189
			9 997 307	7 531 354
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung	16		380 280	650 287
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	46 488 145			41 398 885
bb) Anteil der Rückversicherer	169 468			214 515
		46 318 677		41 184 370
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag		550 000		2 640 000
			46 868 677	43 824 370
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung		38 195 820		29 531 872
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		- 140 000		10 000
			38 055 820	29 541 872
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		8 563 031		8 288 828
b) erfolgsunabhängige		1 140 960		1 458 937
			9 703 991	9 747 765
ÜBERTRAG			28 417 356	24 672 916

<i>in €</i>	1.1.2009 bis 31.12.2009	1.1.2009 bis 31.12.2009	1.1.2009 bis 31.12.2009	1.1.2008 bis 31.12.2008
ÜBERTRAG			28 417 356	24 672 916
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	17 941 459			16 612 140
b) Verwaltungsaufwendungen	4 717 019			4 336 341
		22 658 478		20 948 481
c) davon ab: Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		—		—
			22 658 478	20 948 481
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		233 626		170 732
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	17	1 727 117		654 064
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		83 592		340 063
			2 044 335	1 164 859
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung	18		241 378	208 722
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			3 473 165	2 350 854
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge	19	141 005		436 441
2. Sonstige Aufwendungen	20	1 321 742		1 392 569
			– 1 180 737	– 956 128
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2 292 428	1 394 726
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			936 639	222 804
5. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	21		—	1 171 922
6. Jahresüberschuss			1 355 789	—
7. Einstellungen in Gewinnrücklagen	22		1 355 789	—
8. BILANZGEWINN			—	—

ANHANG

Erläuterungen zum Jahresabschluss

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN AKTIVA

Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere sind grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip, unter Berücksichtigung des Wertaufholungsgebots bewertet.

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden unter Anwendung der Regelungen gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt und nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes im Falle von Investmentfonds wurde nach folgenden Verfahren vorgegangen:

WERTPAPIERFONDS

Bei Fonds, bei denen wir einen Zugang zu Detailinformationen über aktuelle Fondszusammensetzung und -wertentwicklung haben (insbesondere Spezialfonds), betrachten wir bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes grundsätzlich die in den Fonds enthaltenen Vermögensgegenstände, die gesondert bewertet und anschließend zum beizulegenden Wert zusammengefasst werden („Durchschauverfahren“). Mit Ausnahme unseres Fonds, der in Asset Backed Securities (ABS) investiert, wurden alle Wertpapierfonds mit dem von der jeweiligen Kapitalanlagegesellschaft veröffentlichten Rücknahmepreis bewertet.

ABS-Fonds

Bei der Ermittlung des beizulegenden Wertes für unseren Fonds, der in ABS investiert, haben wir auf die Betrachtung der im Fonds enthaltenen Einzelpositionen abgestellt. Erstmals haben wir diese auf der Basis eines im Jahr 2009 entwickelten Bewertungsmodells bewertet, mit dem der nachhaltige Wert der einzelnen ABS-Titel ermittelt wurde. In dem Modell werden die erwarteten Cash Flows der einzelnen ABS-Titel mit einem risikoadäquaten Marktzins abdiskontiert.

Der beizulegende Anteilswert des Fonds ergibt sich aus der Summe der Modellwerte der ABS-Titel, sofern diese kleiner als die historischen Anschaffungskosten sind, sowie der Summe der sonstigen im Fonds befindlichen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten. Sind die Modellwerte höher als die historischen Anschaffungskosten der einzelnen ABS-Titel, werden die historischen Anschaffungskosten zur Ermittlung des beizulegenden Anteilswertes herangezogen.

Im Hinblick auf die Zeitwertangabe im Anhang gemäß § 56 RechVersV wurde als Freiverkehrswert der im Rahmen investimentrechtlicher Vorschriften von der Kapitalanlagegesellschaft errechnete und veröffentlichte Rücknahmepreis verwendet.

FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE IM DIREKTBESTAND

Der Ansatz der festverzinslichen Wertpapiere im Anlagevermögen erfolgte zum Nennwert (100 %), sofern keine Hinweise auf eine nachhaltige Wertminderung vorlagen. Sofern eine verschlechterte Bonitätseinschätzung oder Zinsausfälle vorlagen, wurde nach einzelfallbezogener Prüfung unter Berücksichtigung der individuellen Vertragsbedingungen eine Abschreibung auf den Börsenkurs zum Jahresende vorgenommen.

Zinsswaps und Währungsswaps werden mit den zugrunde liegenden Darlehen zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Bewertungseinheiten bestehen ausschließlich mit gemäß § 341 c HGB zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen.

Es befinden sich strukturierte Produkte im Bestand. Die strukturierten Produkte in Form von Darlehen bzw. Namensschuldverschreibungen und die darin enthaltenen derivativen Bestandteile werden einheitlich bilanziert. Die Bewertung der strukturierten Darlehen und Namensschuldverschreibungen erfolgt nach § 341 c Abs. 1 HGB zu ihrem Nennbetrag unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen werden nach § 341 c Abs.1 HGB mit ihrem Nennbetrag angesetzt. Agio- und Disagjobeträge werden auf die Laufzeit verteilt. Für erkennbare Risiken bilden wir Einzelwertberichtigungen und setzen diese aktivisch ab.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft und in dem Posten „Sonstige Forderungen“ enthaltene rückständige Zinsen und Mieten bilanzieren wir zu Nominalwerten. Aktuelle Ausfallrisiken haben wir durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Pauschalwertberichtigungen wurden aufgrund von Einzelerhebungen und nach Erfahrungswerten der letzten Jahre gebildet und ebenso wie die Einzelwertberichtigungen aktiv abgesetzt.

Die Ermittlung der Pauschalwertberichtigung erfolgte getrennt für Verträge mit Krankheitskostenvollversicherungen und für Verträge ohne Krankheitskostenvollversicherungen. Dadurch wurde berücksichtigt, dass aufgrund von Anforderungen aus dem VVG und dem WVG seit dem 1. Januar 2009 Verträge mit Krankheitskostenvollversicherungen wegen Nichtzahlung der Beiträge vom Versicherungsunternehmen nicht mehr gekündigt werden dürfen.

Einlagen bei Kreditinstituten, andere Kapitalanlagen, sonstige Forderungen, Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie die sonstigen Vermögensgegenstände sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Bei den Kapitalanlagen, die nicht auf den niedrigeren Zeitwert am Stichtag abgeschrieben werden, wird von einer Werterholung in einem mittleren Planungszeitraum oder bis zur Endfälligkeit ausgegangen.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Bei Wertpapieren wurden als Anschaffungskosten der sich aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt ergebende Betrag in Euro und als Börsenwert der sich aus Wertpapier- und Devisenmittelkurs zum Bilanzstichtag ergebende Betrag in Euro zugrunde gelegt.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN PASSIVA

Die Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden taggenau aus den übertragungsfähigen Beitragseinnahmen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, die in den technischen Berechnungsgrundlagen festgelegt sind, unter Berücksichtigung der Vorschriften des § 12 VAG berechnet.

Für ab dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Krankheitskostenvollversicherungen ist gemäß § 12 (1) VAG bei Wechsel des Versicherungsnehmers zu einem anderen privaten Krankenversicherungsunternehmen die Mitgabe eines Übertragungswerts vorgeschrieben. Für Verträge, die ein Anrecht auf einen Übertragungswert haben und die zum 1. Januar 2010 gekündigt wurden, ist ein Betrag in Höhe von 272 658 € in der Deckungsrückstellung enthalten. Der Betrag entspricht dem Übertragungswert dieser gekündigten Verträge. Die in den „sonstigen versicherungstechnischen Erträgen“ enthaltenen Erträge aus erhaltenen Übertragungswerten betragen 15 253 €. Die in den „sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen“ enthaltenen Aufwendungen aus fälligen und gezahlten Übertragungswerten betragen 0 €.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde auf Basis der Geschäftsjahresschäden des Bilanzjahres hochgerechnet. Grundlage für die Hochrechnung war das durchschnittliche Verhältnis der Vorjahresschäden zu den zugehörigen Geschäftsjahresschäden der drei dem Bilanzjahr vorausgegangenen Geschäftsjahre.

Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde unter Zugrundelegung des Geschäftsganges des Jahres 2009 geschätzt. Die Stornorückstellung dient zur Deckung des aus der negativen Alterungsrückstellung sowie dem Übertragungswert drohenden Stornoverlustes. Der sich auf den ersten Aspekt beziehende Teil der Stornorückstellung wird auf der Grundlage der negativen Alterungsrückstellung ermittelt. Grundlage für den zweiten Teil der Stornorückstellung sind der Übertragungswert und die tarifliche Alterungsrückstellung. Dabei wurden jeweils die Stornoverhältnisse des Jahres 2009 zugrunde gelegt.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wird unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften, der vertraglichen Bestimmungen und der Vorgaben der Satzung ermittelt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen Aktiva

A. KAPITALANLAGEN

I. Entwicklung der Kapitalanlagen (1)¹

	BILANZ- WERTE 2008	ZUGÄNGE	UM- BUCHUNGEN	ABGÄNGE	ZUSCHREI- BUNGEN	ABSCHREI- BUNGEN	BILANZ- WERTE 2009
<i>in €</i>							
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10 000 000	—	—	—	—	—	10 000 000
II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Investmentfonds und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4 418 799	6 283 323	—	—	169 279	653 108	10 218 293
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32 888 375	19 505 000	—	598 826	61 161	1 074 009	50 781 701
3. Sonstige Ausleihungen							
Namenschuldverschreibungen von sonstigen Unternehmen	55 500 000	11 000 000	—	11 000 000	—	—	55 500 000
Schuldscheindarlehen von sonstigen Unternehmen	72 000 000	30 000 000	—	5 000 000	—	—	97 000 000
Namenspfandbriefe und -genussscheine von sonstigen Unternehmen	3 000 000	—	—	—	—	—	3 000 000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	4 223 000	—	—	4 223 000	—	—	—
SUMME II.	172 030 174	66 788 323	—	20 821 826	230 440	1 727 117	216 499 994
GESAMT	182 030 174	66 788 323	—	20 821 826	230 440	1 727 117	226 499 994

1. AKTIEN, INVESTMENTANTEILE UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Diese Position beinhaltet zum Jahresende Anteile am W&W Global Strategies ABS Fonds sowie Anteile am W&W International Funds – Global Convertibles und Anteile am Ishares-EO Corporate Bond Bearer Shares.

2. INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Hierbei handelt es sich um festverzinsliche Wertpapiere, deren Zeitwert, der anhand der Börsenkurse am Stichtag festgelegt wurde, 49 917 636 € beträgt.

3. SONSTIGE AUSLEIHUNGEN

Hierin befinden sich Namensschuldverschreibungen (55 500 000 €), Darlehen (97 000 000 €) und übrige Ausleihungen (3 000 000 €).

¹ Siehe Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung ab Seite 18.

BEWERTUNGSRESERVEN

	BUCHWERT	ZEITWERT	BEWER- TUNGS- RESERVEN NACH LASTEN	BUCHWERT ALLER KAPITAL- ANLAGEN
	in Tsd €	in Tsd €	in Tsd €	in %
Anteile in verbundenen Unternehmen	—	—	—	—
Ausleihungen an verbundenen Unternehmen	10 000	10 515	515	—
Aktien, Investmentanteile und andere nicht verzinsliche Wertpapiere	10 218	10 090	–128	—
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50 782	49 918	–864	—
Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen/	55 500	58 378	2 878	—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	97 000	100 654	3 654	—
c) Übrige Ausleihungen	3 000	2 533	–467	—
Einlagen bei Kreditinstituten	—	—	—	—
GESAMT	226 500	232 088	5 588	2,47
<i>Es sind gemäß § 341 b Abs. 2 HGB nicht mit dem Niederstwert bewertet:</i>				
Aktien und Investmentanteile	1 659	1 186	–473	—
Festverzinsliche Wertpapiere	34 014	32 790	–1 794	—

	NOMINALWERT UNDERLYING ¹		ZEITWERT BEWERTUNGSEINHEIT		BUCHWERT BEWERTUNGSEINHEIT		ZEITWERT DERIVAT ²	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
<i>in Tsd €</i>								
Zinsgeschäfte								
Swaps	15 000	15 000	15 521	15 491	15 000	15 000	–817	–456
Termingeschäfte	—	—	—	—	—	—	—	—
Währungsgeschäfte								
Swaps	—	—	—	—	—	—	—	—
Termingeschäfte	—	12 055	—	—	—	—	—	–19

¹ Unter Nominalwerte Underlying sind die Nominalwerte der abgesicherten bzw. der zu erwerbenden Kapitalanlagen aufgeführt.

² Ohne Bewertungseinheit.

B. FORDERUNGEN**III. Sonstige Forderungen (2)**

in €	2009	2008
Forderungen an verbundene Unternehmen	1 534 780	1 367 018
Regressforderungen an Dritte	14 298	12 875
Forderungen gegenüber GPV	1 984	4 357
Forderungen Gewerbesteuer	41 672	41 672
GESAMT	1 592 734	1 425 922

C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE (3)

Der Posten umfasst die Guthaben bei Kreditinstituten.

D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN (4)**I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten**

Es handelt sich hier ausschließlich um noch nicht fällige Zinsen.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Hier sind Agien aus dem Erwerb von Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen ausgewiesen.

Erläuterungen Passiva

A. EIGENKAPITAL

I. Gezeichnetes Kapital (5)

Das gezeichnete Kapital beträgt 3 800 000 (Vj. 3 800 000) € und ist in 1 000 000 Stückaktien eingeteilt. Das Grundkapital ist voll eingezahlt.

II. Kapitalrücklage (6)

Der Betrag besteht in Höhe von 2 734 004 € als Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB und in Höhe von 6 257 038 € als Kapitalrücklage gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB, die sich im Jahr 2009 durch eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage von 5 000 000 € erhöhte.

III. Gewinnrücklage (7)

Im Rahmen der Aufstellung der Bilanz erfolgte gemäß § 268 Abs. 1 Satz 1, § 58 Abs. 2 Satz 2 AktG sowie § 19 der Satzung vom 18. September 2007 unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Jahresergebnisses eine Zuführung in die anderen Gewinnrücklagen.

Auf eine Gewinnabführung hat die W&W für 2009 verzichtet. Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 15. Mai 2001 wurde mit der W&W mit Wirkung zum 31. Dezember 2009 aufgehoben.

B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN

IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (8)

	RÜCKSTELLUNG FÜR ERFOLGS- ABHÄNGIGE BEITRAGSRÜCKER- STATTUNG	RÜCKSTELLUNG FÜR ERFOLGSUNABHÄNGIGE BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG		
		POOLRELEVANTE RFUB AUS DER PPV	BETRAG GEMÄSS § 12 A (3) VAG	SONSTIGES
in €				
1. Bilanzwerte Vorjahr	29 296 015	2 651 636	263 986	—
2. Entnahme zur Verrechnung	2 441 963	—	—	—
3. Entnahme zur Barausschüttung	2 237 333	—	—	—
4. Zuführung	8 563 031	1 028 897	112 063	—
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	33 179 750	3 680 533	376 049	—

6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres gemäß § 12 a VAG: 425 379 €.

V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen (9)

Diese Position beinhaltet eine Stornorückstellung in Höhe von 110 000 €.

C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

I. Pensionsrückstellungen (10)

Nach §§ 251, 268 Abs. 7 HGB ist eine Gewährleistungsverpflichtung der WK aus Pensionszusagen an Arbeitnehmer auszuweisen. Der Wert 2009 beträgt 0 €.

III. Sonstige Rückstellungen (11)

in €	2009	2008
Provisionen und sonstige Abschlussvergütungen	1 755 000	1 375 000
Kosten des Jahresabschlusses	233 500	243 000
Kosten für diverse erbrachte Dienstleistungen	52 350	67 000
GESAMT	2 040 850	1 685 000

D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN

II. Sonstige Verbindlichkeiten (12)

in €	2009	2008
Verbindlichkeiten an verbundene Unternehmen	785 519	1 410 526
Nicht eingelöste Schecks	—	100
Verbindlichkeiten aus noch nicht ausgeführten Überweisungen	11 187	—
Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	47 748	—
Verbindlichkeiten aus Beiträgen für den Pensionssicherungsverein	3 059	—
GESAMT	847 513	1 410 626

RESTLAUFZEITEN DER VERBINDLICHKEITEN

In den Verbindlichkeiten sind keine Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von mehr als fünf Jahren enthalten.

E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Hier sind Disagien auf Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen ausgewiesen.

Erläuterungen Gewinn- und Verlustrechnung

I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

1. Verdiente Beiträge

1. A) GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE (13)

in €	2009	2008
Einzelversicherungen	108 922 100	94 910 137
Gruppenversicherungen	2 512 056	1 618 381
GESAMT	111 434 156	96 528 518
Laufende Beiträge	109 322 360	94 391 051
Einmalbeiträge	2 111 796	2 137 467
GESAMT	111 434 156	96 528 518
<i>Originäres Geschäft</i>		
Krankheitskostenvollversicherung	65 830 320	59 440 648
Krankentagegeldversicherung	6 853 593	6 310 590
Krankenhaustagegeldversicherung	1 650 311	1 547 216
Krankheitskostenteilversicherung	27 671 191	21 035 576
Pflegepflichtversicherungen	5 018 648	4 520 708
Davon GPV	465 697	425 463
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	2 298 297	1 536 313
ZWISCHENSUMME	109 322 360	91 285 400
<i>Besondere Versicherungsformen</i>		
Spezielle Ausschnittsversicherung ¹	—	—
Auslandsreise-Krankenversicherung	2 111 796	2 137 467
ZWISCHENSUMME	2 111 796	5 243 118
GESAMT	111 434 156	96 528 518
Davon Beitragszuschlag nach § 12 Absatz 4 a VAG	4 694 827	4 242 779

1 Bei der speziellen Ausschnittsversicherung wird ab 2009 die Definition des PKV-Verbandes verwendet. Die Vorjahreszahlen sind daher mit den Zahlen des Geschäftsberichts 2008 nicht vergleichbar.

3. Erträge aus Kapitalanlagen

3. A) ERTRÄGE AUS ANDEREN KAPITALANLAGEN (14)

in €	2009	2008
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	382 575	490 124
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 856 456	1 307 573
Sonstige Ausleihungen	6 064 664	5 399 148
Bankguthaben und sonstige Kapitalanlagen	475 355	333 320
GESAMT	8 779 050	7 530 165

3. B) ERTRÄGE AUS ZUSCHREIBUNGEN

in €	2009	2008
Aktien, Investmentfonds und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	169 279	—
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	61161	—
GESAMT	230 440	—

3. C) GEWINNE AUS DEM ABGANG VON KAPITALANLAGEN (15)

in €	2009	2008
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2 717	1 189
Namenschuldverschreibungen	662 100	—
Schuldscheinforderungen und Darlehen	323 000	—
Sonstige Ausleihungen	—	—
GESAMT	987 817	1 189

4. Sonstige versicherungstechnische Erträge (16)

Die Transferzahlung zur Finanzierung der Alterungsrückstellung bei der Mitversicherung im Rahmen der GPV mit 221 532 (Vj. 413 299) € nehmen die größte Position ein.

Rückversicherungsergebnis

Das Rückversicherungsergebnis gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4 b RechVersV beträgt – 135 216 (Vj. – 68 275) €.

9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

B) ABSCHREIBUNGEN AUF KAPITALANLAGEN (17)

Im Geschäftsjahr wurden hierunter Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB in Höhe von 1 638 108 € vorgenommen.

10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen (18)

Der größte Posten mit 147 660 (Vj. 128 242) € sind Aufwendungen für den Poolausgleich der privaten Pflegepflichtversicherung.

II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG

1. Sonstige Erträge (19)

Diese Position umfasst im Wesentlichen Zinserträge, Erträge aus der Auflösung nicht versicherungstechnischer Rückstellungen.

2. Sonstige Aufwendungen (20)

Hier sind Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen, mit 1 169 341 (Vj. 1 234 107) € enthalten.

5. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne (21)

Der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag vom 15. Mai 2001 wurde zum 31. Dezember 2009 aufgehoben. Wir verweisen hierzu auf die Darstellung in den Erläuterungen zur Gewinnrücklage auf Seite 30.

7. Einstellungen in Gewinnrücklagen (22)

Gemäß § 19 der Satzung der WK wurde über den Jahresüberschuss 2009 beschlossen. Er wurde in voller Höhe den Gewinnrücklagen zugeführt. Wir verweisen hierzu auf die Darstellung in den Erläuterungen zur Gewinnrücklage auf Seite 30.

ERGÄNZENDE ANGABEN

VERSICHERTE NATÜRLICHE PERSONEN

Anzahl	2009	2008
Gegen laufenden Beitrag	200 901	157 830
Gegen Einmalbeitrag	193 406	186 267
Originäres Geschäft		
Krankheitskostenvollversicherung	22 011	20 887
Krankentagegeldversicherung	26 025	23 930
Krankenhaustagegeldversicherung	31 539	30 376
Krankheitskostenteilversicherung	142 593	105 328
Pflegepflichtversicherung	23 926	22 647
davon GPV	2 084	2 059
Ergänzende Pflegezusatzversicherung	14 105	10 380
GESAMT	194 390	153 361
Besondere Versicherungsformen		
Spezielle Ausschnittsversicherung ¹	—	—
Auslandsreise-Krankenversicherung	214 133	204 199

1 Bei der speziellen Ausschnittsversicherung wird ab 2009 die Definition des PKV-Verbandes verwendet. Die Vorjahreszahlen sind daher mit den Zahlen des Geschäftsberichts 2008 nicht vergleichbar.

Bei der Zuordnung auf die Versicherungsarten sind Mehrfachzählungen möglich.

PROVISIONEN UND SONSTIGE BEZÜGE DER VERSICHERUNGSVERTRETER, PERSONALAUFWENDUNGEN

in €	2009	2008
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	11 210 499	10 305 573
Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	28 235	16 048
PROVISIONEN GESAMT	11 238 734	10 321 621

ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER

Wir haben während des Geschäftsjahres keine eigenen Arbeitnehmer beschäftigt. Das notwendige Personal wurde uns von der WV und der WL gegen Erstattung der anteiligen Kosten zur Verfügung gestellt.

GESAMTBEZÜGE DER AUFSICHTSRÄTE, VORSTÄNDE UND FRÜHEREN VORSTÄNDE SOWIE DIESEN PERSONEN GEWÄHRTE VORSCHÜSSE UND KREDITE

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf der Seite 2 namentlich aufgeführt.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten keine Bezüge.

Die Gesamtbezüge für den Vorstand betragen 236 473 (Vj. 410 318) €.

Gegenüber Mitgliedern des Aufsichtsrats sowie den Vorstandsmitgliedern bestanden keine Kreditforderungen.

HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Aufgrund der Übertragung (innerhalb des Konzerns) der Pensionsverpflichtungen auf die W&W AG besteht zum 31. Dezember 2009 eine Mithaftung in Höhe von 501 129 €.

Aufgrund der gesetzlichen Änderungen in den §§ 124 ff. VAG sind die Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds kann nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Demnach ergibt sich eine Zahlungsverpflichtung von 441 000 (Vj. 352 000) €.

Außer diesen Haftungen und Sicherheitsleistungen bestehen keine weiteren aus der Bilanz oder den vorhergehenden Erläuterungen nicht ersichtlichen Haftungsverhältnisse, keine Pfandbestellungen, keine Sicherungsübereignungen und keine Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln.

HONORAR DER ABSCHLUSSPRÜFER

Die Angaben zu den Abschlussprüfungskosten erfolgen im Konzernabschluss.

KONZERNZUGEHÖRIGKEIT

Die W&W, Stuttgart, hat uns mitgeteilt, dass sie die Mehrheit der Anteile an unserer Gesellschaft besitzt.

Die WH hält die Mehrheit an der W&W, in deren Konzernabschluss unsere Gesellschaft einbezogen ist. Der Konzernabschluss der WH sowie der Teilkonzernabschluss der W&W werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Konzernabschluss kann ab Ende Mai, nach der Hauptversammlung der W&W, bei unserer Gesellschaft schriftlich angefordert oder in Stuttgart-West, Gutenbergstraße 30, abgeholt werden.

Stuttgart, den 8. März 2010

Der Vorstand



Gabriele Bengel



Ruth Martin

Gewinnverwendung

Vorstand und Aufsichtsrat haben beschlossen, nach § 19 der Satzung den Bilanzgewinn in die Gewinnrücklagen einzustellen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Württembergische Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Stuttgart, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

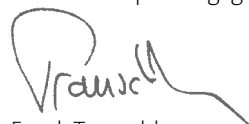
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, den 8. März 2010

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Frank Trauschke
Wirtschaftsprüfer



ppa. Jörg Brunner
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Im Rahmen seines Erneuerungsprogramms hat der W&W-Konzern den ersten Abschnitt „W&W 2009“ zur Stärkung von Wachstum, Effizienz und Rentabilität erfolgreich umgesetzt und befindet sich mit dem Folgeabschnitt „W&W 2012“ innerhalb eines schwierigen Umfelds auf gutem Weg. Wichtige Meilensteine und Umsetzungsfortschritte für die Entwicklung der Finanzdienstleistungsgruppe hin zu einer Marktpositionierung als erfolgreicher „Vorsorge-Spezialist“ sind erreicht.

Der Aufsichtsrat der Württembergische Krankenversicherung AG setzt sich aus drei Mitgliedern zusammen. Der Aufsichtsrat befasste sich im vergangenen Jahr in zwei schriftlich vorbereiteten Sitzungen eingehend mit der Entwicklung der Gesellschaft und wurde vom Vorstand stets aktuell und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der strategischen Ausrichtung, der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und des Risikomanagements, des Ratings der Gesellschaft sowie der Finanzkrise und der damit zusammenhängenden Eintrübung der Konjunktur im In- und Ausland schriftlich und mündlich unterrichtet. Die Geschäfts- und die Risikostrategie wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt und mit diesem erörtert. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat den Bericht der Internen Revision erstattet und ist seinen gegenüber dem Aufsichtsrat bestehenden gesetzlichen und statutarischen Informationspflichten in vollem Umfang nachgekommen.

Sämtliche nach dem Gesetz und den Regularien der Gesellschaft zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Aufsichtsrat vorgelegt, wobei auf folgende besonders wichtige Themen hingewiesen werden soll:

Der Aufsichtsrat befasste sich eingehend mit der Entwicklung des Neugeschäfts und wurde vom Vorstand über die zentralen Maßnahmen zur Förderung des Krankenversicherungsgeschäfts informiert.

Des Weiteren wurde der Aufsichtsrat über die Umsetzung des Wettbewerbsstärkungsgesetzes (WSG) und der damit verbundenen neu eingeführten Tarife in der Württembergische Krankenversicherung AG in Kenntnis gesetzt.

Behandelt wurde außerdem das aus dem Programm „W&W 2009“ weiter entwickelte Folgeprogramm „W&W 2012“. Es wurde ausführlich behandelt, wie die konzernweit identifizierten Herausforderungen von den Konzernunternehmen analysiert und mit einem detaillierten Maßnahmenpaket angegangen wurden. Der Aufsichtsrat wurde hierüber vom Vorstand stets umfassend informiert und in Angelegenheiten von für das Unternehmen grundlegender Bedeutung unmittelbar eingebunden. Aufgrund der geleisteten Arbeit und erheblicher Anstrengungen ist das Unternehmen auf dem Weg zu höherer Effizienz und verbesserter Rentabilität ein wesentliches Stück vorangekommen.

Zudem war die Entwicklung der Kapitalanlagen im vergangenen Jahr ein wesentliches Thema im Aufsichtsrat. Dabei wurden neben den Gefahren aus der Finanzkrise und der Minimierung von Ausfallrisiken auch die zukünftige Risikotragfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit berücksichtigt.

Das Thema „Risikomanagement“ wurde ebenfalls ausführlich behandelt. Hierzu erfolgte eine ausführliche Risikoberichterstattung, welche dem Aufsichtsrat zur Kenntnis gegeben wurde.

Den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 sowie den Lagebericht hat der Aufsichtsrat eingehend geprüft. Jahresabschluss und Lagebericht sind vollständig und stimmen mit den Einschätzungen des Vorstands in den gemäß § 90 AktG dem Aufsichtsrat zu erteilenden Berichten überein. Der Vorschlag des Vorstands zur Verwendung des Ergebnisses entspricht einer konsequenten Bilanz- und Ausschüttungspolitik unter Berücksichtigung der Liquiditätslage und der geplanten Investitionen der Gesellschaft. Der Aufsichtsrat schließt sich daher dem Vorschlag des Vorstands an.

Die vom Aufsichtsrat zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 und den Lagebericht unter Einbeziehung der Buchführung geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfungen hat die Prüfungsgesellschaft dem Aufsichtsrat schriftlich und mündlich berichtet. Der Prüfungsbericht ist jedem Mitglied des Aufsichtsrats zugegangen. Die Prüfungsgesellschaft stand darüber hinaus für Fragen in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats am 16. April 2010 sowie in der Vorbereitungszeit der Sitzung zur Verfügung. Der vorgelegte Prüfungsbericht entspricht den gesetzlichen Anforderungen des § 321 HGB und wurde vom Aufsichtsrat im Rahmen seiner eigenen Abschlussprüfung berücksichtigt.

Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und hat in seiner Sitzung vom 16. April 2010 den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt. Der Jahresabschluss gilt damit gemäß § 172 Satz 1 AktG als festgestellt.

Herr Dr. Oehler hat sein Aufsichtsratsmandat zum Ablauf des 31. Dezember 2009 niedergelegt. Die außerordentliche Hauptversammlung vom 30. Dezember 2009 hat Herrn Norbert Heinen als Nachfolger von Herrn Dr. Oehler mit Wirkung zum 1. Januar 2010 gewählt. Anzeigepflichtige Interessenskonflikte hat es im Jahr 2009 nicht gegeben.

Das vergangene Jahr hat hohe Anforderungen an Management und Belegschaft gestellt. Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren persönlichen Einsatz und ihren Beitrag zur Erreichung der gemeinsamen Ziele.

Stuttgart, den 16. April 2010

Für den Aufsichtsrat



Norbert Heinen
Vorsitzender

Glossar

ABSCHLUSSAUFWENDUNGEN

Sie entstehen bei Abschluss von Versicherungsverträgen und beinhalten unter anderem Kosten für die Beratung, Anforderung von Gesundheitsauskünften und der Ausfertigung der Versicherungsscheine.

ALTERUNGRÜCKSTELLUNG

→ Deckungsrückstellung

BEITRÄGE, BEITRAGSEINNAHMEN (AUCH PRÄMIEN)

Der Beitrag ist der Preis für die vom Versicherer zu erbringende Leistung. Er kann entweder laufend oder als Einmalbeitrag entrichtet werden.

BEITRAGSÜBERTRÄGE

Teil der bereits vereinnahmten Beiträge, der auf die Risikoperioden nach dem Bilanzstichtag entfällt.

BRUTTO/NETTO

In der Versicherungstechnik bedeuten brutto/netto die jeweilige Position vor bzw. nach Abzug der Rückversicherung

DECKUNGRÜCKSTELLUNG

Die Beiträge in der Krankenversicherung sind so kalkuliert, dass sie unter gleich bleibenden Rahmenbedingungen während der gesamten Vertragslaufzeit konstant sind. Um die mit dem Alter steigenden Kosten zu decken, müssen die Beiträge so bemessen sein, dass sie in der Anfangsphase etwas höher sind als die tatsächlich entstehenden Kosten. Aus den überschüssigen Beitragsanteilen wird so die Deckungsrückstellung verzinslich aufgebaut. Diese dient dann zur Finanzierung des Teils der Kosten, der später über den Beiträgen liegt.

FÜR EIGENE RECHNUNG (F.E.R.)

Jeweilige versicherungstechnische Position oder Quote nach Abzug der Rückversicherung (→ Brutto/Netto).

GEBUCHTE/VERDIENTE BEITRÄGE

Die gebuchten Beiträge sind die zugeflossenen → Beitragseinnahmen. Die Beitragsanteile, die auf das Geschäftsjahr entfallen, stellen die verdienten Beiträge dar.

GESCHÄFTSJAHRESSCHÄDEN

Im Geschäftsjahr gezahlte Aufwendungen für im Geschäftsjahr eingetretene Versicherungsfälle.

GPV

Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Pflegeversicherung nach dem PflegeVG vom 26. Mai 1994 für die Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbeamten.

JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG

Die Differenz zwischen den gesamten Ertrags- und Aufwandspositionen wird bei einem positiven Vorzeichen Jahresüberschuss, bei einem negativen Vorzeichen Jahresfehlbetrag genannt.

MONATSSOLLBEITRAG

Bezeichnet den Beitrag, der pro Monat gezahlt werden soll.

NETTOVERZINSUNG

Sämtliche realisierten Erträge und Aufwendungen der Kapitalanlagen werden berücksichtigt. Einbezogen werden auch Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie Abschreibungen. Diese werden dann ins Verhältnis zum durchschnittlichen Kapitalanlagebestand gesetzt.

RÜCKSTELLUNG FÜR (ERFOLGSABHÄNGIGE UND ERFOLGSUNABHÄNGIGE) BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG (RfB UND RfUB)

In der Rückstellung für Beitragsrückerstattung sind die Beiträge aus Überschüssen enthalten, die den Versicherungsnehmern in künftigen Geschäftsjahren als Beitragsrückerstattung oder zur Abmilderung von Beitragsanpassungen gutgeschrieben werden.

RÜCKSTELLUNG FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE

Zahlungsverpflichtungen aus bereits eingetretenen, aber noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfällen.

RÜCKVERSICHERUNG

Weitergabe eines Teils der Risiken und der Prämie durch den Erstversicherer an ein anderes Versicherungsunternehmen, den Rückversicherer.

STORNORÜCKSTELLUNG

Bei überrechnungsmäßigem Storno in den ersten Versicherungsjahren tritt durch die Vorfinanzierung der Provisionen ein Defizit beim Aufbau der Alterungsrückstellung auf. Zum Ausgleich dieser Defizite wird die Stornorückstellung gebildet.

VORJAHRESSCHÄDEN

Im Geschäftsjahr gezahlte Aufwendungen für in den Vorjahren eingetretene Versicherungsfälle.

Anschriften

WÜSTENROT & WÜRTEMBERGISCHE AG
Gutenbergstraße 30, 70176 Stuttgart
Telefon 0711 662-0, Telefax 0711 662-721334
www.ww-ag.com

KARLSRUHER LEBENSVERSICHERUNG AG
Friedrich-Scholl-Platz, 76137 Karlsruhe
Telefon 0721 353-0, Telefax 0721 353-2699
www.karlsruher.de

Geschäftsfeld BausparBank

WÜSTENROT BAUSPARKASSE AG
Hohenzollernstraße 46, 71638 Ludwigsburg
Telefon 07141 16-0, Telefax 07141 16-3637
www.wuestenrot.de

Service-Funktionen

W&W ASSET MANAGEMENT GMBH
Im Tambour 1, 71638 Ludwigsburg
Telefon 01803 1155-00, Telefax 01803 1155-05
www.wwasst.de

WÜSTENROT BANK AG PFANDBRIEFBANK
Hohenzollernstraße 46, 71638 Ludwigsburg
Telefon 07141 16-0, Telefax 07141 16-4337
www.wuestenrot.de

W&W INFORMATIK GMBH
Hohenzollernstraße 46, 71638 Ludwigsburg
Telefon 07141 16-0, Telefax 07141 16-3637
www.ww-informatik.de

WÜSTENROT HAUS- UND STÄDTEBAU GMBH
Hohenzollernstraße 12 – 14, 71638 Ludwigsburg
Telefon 07141 149-0, Telefax 07141 149-100
www.wuestenrot.de

W&W SERVICE GMBH
Gutenbergstraße 30, 70176 Stuttgart
Telefon 0711 662-0, Telefax 0711 662-723970
www.ww-service-gmbh.de

Geschäftsfeld Versicherung

WÜRTEMBERGISCHE LEBENSVERSICHERUNG AG
Gutenbergstraße 30, 70176 Stuttgart
Telefon 0711 662-0, Telefax 0711 662-722520
www.wuerttembergische.de

Tschechische Republik

WÜSTENROT STAVEBNÍ SPORITELNA A.S.
Na Hřebenech II 1718/8, CZ-14023 Praha 4
Telefon (+420) 257092-155, Telefax (+420) 257092-159
www.wuestenrot.cz

WÜRTEMBERGISCHE VERSICHERUNG AG
Gutenbergstraße 30, 70176 Stuttgart
Telefon 0711 662-0, Telefax 0711 662-722520
www.wuerttembergische.de

WÜSTENROT HYPOTECNÍ BANKA A.S.
Na Hřebenech II 1718/8, CZ-14023 Praha 4
Telefon (+420) 257092-604, Telefax (+420) 257092-605
www.wuestenrot.cz

WÜRTEMBERGISCHE KRANKENVERSICHERUNG AG
Gutenbergstraße 30, 70176 Stuttgart
Telefon 0711 662-0, Telefax 0711 662-722520
www.wuerttembergische.de

WÜSTENROT ŽIVOTNÍ POJIŠŤOVNA A.S.
Na Hřebenech II 1718/8, CZ-14023 Praha 4
Telefon (+420) 257092-535, Telefax (+420) 257092-596
www.wuestenrot.cz

ALLGEMEINE RENTENANSTALT PENSIONSKASSE AG
Gutenbergstraße 30, 70176 Stuttgart
Telefon 0711 662-0, Telefax 0711 662-722520
www.wuerttembergische.de

WÜSTENROT POJIŠŤOVNA A.S.
Na Hřebenech II 1718/8, CZ-14023 Praha 4
Telefon (+420) 257092-535, Telefax (+420) 257092-596
www.wuestenrot.cz

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

WÜRTEMBERGISCHE KRANKENVERSICHERUNG AG

Gutenbergstraße 30

70176 Stuttgart

Postanschrift: 70163 Stuttgart

Telefon 0711 662-0

Telefax 0711 662-72 25 20



württembergische
Partner von Wüstenrot